



THEMEN / DEUTSCHLAND

RECHTSEXTREME GEWALT

Die falschen Freunde der besorgten Bürger

Schützer oder Schläger? Die Umtriebe sogenannter Bürgerwehren beschäftigen Politik und Polizei. Doch die rechtlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung der selbst ernannten Hilfssheriffs sind begrenzt.



Sie wollen "Schutzzonen" einrichten und Bürgerwehren organisieren. Sie geben vor, "Augen und Ohren für die Polizei" zu sein und behaupten, in Deutschland seien Bürger der "importierten Kriminalität schutzlos ausgeliefert".

Angesichts des massiven Auftretens von selbst ernannten Beschützern sah sich die Polizeidirektion Chemnitz jüngst zu einer Klarstellung genötigt. "Die patrouillierende Bürgerwehr in Döbeln ist nicht nur unnötig, sondern gänzlich inakzeptabel", heißt es in einer offiziellen Erklärung. "Das Gewaltmonopol liegt ausschließlich in staatlicher Hand", stellte Polizeipräsidentin Sonja Penzel

aus Chemnitz klar.

Unnötig, aber dennoch präsent. Aus der [Antwort des Bundesinnenministeriums](#) zu Beginn dieser Woche auf eine Kleine Anfrage der Linken-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke geht hervor, dass solche Gruppierungen mittlerweile in fast allen Bundesländern existieren. "Innerhalb von Gruppen, die als Bürgerwehren auftreten, könnten sich Ansätze für rechtsterroristisches Potenzial herausbilden", warnte das Innenministerium.

Bürgerwehren unter Beobachtung

Seit 2015 sind in Deutschland in verschiedenen Städten und Gemeinden bürgerwehrähnliche Gruppierungen entstanden, die sich aus einer Mischung aus Rechtsextremisten, Angehörigen der Hooligan- und Rockerszene sowie sogenannten "Wutbürgern" zusammensetzen. Rechtsextreme Gruppen fordern die Errichtung sogenannten "Schutzzonen", in denen "Deutsche Sicherheit finden können".



"Schutzzonen für Deutsche": Eine S-Bahn-Streife der rechtsextremen NPD in Berlin

Anfang 2016 konnten sich nach einer [Umfrage des Kölner Meinungsforschungsinstitutes YouGov](#) fast jeder dritte Deutsche vorstellen, einer Bürgerwehr beizutreten, um gegebenenfalls auch mit Gewalt die eigenen Interessen zu schützen, wenn der Staat dies nicht tue.

"Initialzündung" für den Zuspruch für Bürgerwehren seien die Vorfälle bei der "[Kölner Silvesternacht](#)" gewesen, so das Meinungsforschungsinstitut.

Mittlerweile sind sich Politik und Polizei der Gefahren der [Bürgerwehren](#) bewusst. Doch die rechtlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung der selbst ernannten Sheriffs sind begrenzt. "Wir beobachten die Bürgerwehren sehr genau", versichert Leoni Möllmann, Sprecherin des

Innenministeriums in Nordrhein-Westfalen. Doch die Gruppen bewegten sich bewusst an der Grenze zur Strafbarkeit.

"Spaziergänge" und "Märsche"

Die "Spaziergänge" und "Märsche" der Bürgerwehren werden mittlerweile als Versammlungen eingestuft, die dann mit entsprechend strengen Auflagen versehen werden. Auch das Tragen von Westen kann unter Umständen als Verstoß gegen das Uniformverbot gewertet werden. Eine formelle Beobachtung durch den Verfassungsschutz ist nach Angaben des NRW-Innenministers Herbert Reul allerdings "juristisch nicht ganz einfach."

Im sächsischen Döbeln ging die Polizei gegen eine Gruppe vor, die "der Polizei unter die Arme greifen wollte", und Westen mit der Aufschrift "Schutzzone" trug. "Die Stadtverwaltung Döbeln befasst sich intensiv mit der Problematik und prüft, ob sie das Tragen von Schutzzone-Kleidung im Döbelner Stadtgebiet generell untersagen kann", heißt es in einer Stellungnahme der Polizeidirektion Chemnitz auf Anfrage der DW.

Für den Bürgermeister der Kreisstadt, Sven Liebhauser, sind "selbsternannte Schutzzone-Streifzüge in Döbeln inakzeptabel", erklärte sein Sprecher Thomas Mettcher auf Anfrage der DW. Bei den öffentlichkeitswirksamen Aufmärschen der [Bürgerwehr in Döbeln](#) und Freiberg im Oktober erteilte die Polizei Platzverweise und beschlagnahmte verbotene Kleidung.

Allerdings: "Weitere Handlungsmöglichkeiten gab es für uns nicht", sagte Polizeisprecher Andrzej Ryzik der DW. Zu keinem Zeitpunkt seien Festnahmen im Zusammenhang mit der Schutzzone-Bürgerwehr notwendig gewesen.



Wer steuert die "Wutbürger"? Bürgerwehren dienen als Plattformen für rechtsextreme Vernetzung

Rocker, Hooligans, "Wutbürger"

In Nordrhein-Westfalen gehören nach Schätzungen des Landesinnenministeriums 250 Aktivisten zum harten Kern der Szene. Diese könnten bis zu 700 Menschen zu einzelnen Demonstrationen mobilisieren. Jene "Mischszene" aus Rechtsextremisten, Rockern, Hooligans und "Wutbürgern", so NRW-Innenminister Herbert Reul in einer aktuellen Stunde im Oktober im Düsseldorfer Landtag, versuche sich durch scheinbar harmlose "Spaziergänge" auch für unpolitische Bürger "anschlussfähig zu machen".

Rechtsextremismusforscher Matthias Quent vom Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft der Amadeo-Antonio-Stiftung in Jena unterteilt Bürgerwehren in vier unterschiedliche Gruppen. In einer [Studie](#) beschreibt er die Bandbreite von "Sicherheitspartnerschaften" über "Protestgruppen" bis hin zu "rechtsextremen Gewaltgruppen".



Rechtsextremismusforscher Matthias Quent

Dauerbrenner innere Sicherheit

Zu letzteren Kategorie gehören die "Gruppe Freital" und die "Revolution Chemnitz". Im März 2018 verurteilte das Oberlandesgericht Dresden acht Mitglieder der "[Gruppe Freital](#)" wegen Sprengstoffanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und politische Gegner in Sachsen zu mehrjährigen Haftstrafen. Der [Prozess gegen die "Revolution Chemnitz"](#) läuft seit

dem 30. September vor dem Oberlandesgericht Dresden.

"Für Akteure aus der rechtsextremen Bewegung ist es attraktiv, ihre Aktivitäten als Bürgerwehr und Heimatschutz zu etikettieren, um sozialer Ächtung zu entgehen sowie ihre Ideologie und Gewalt zu rechtfertigen", schreibt Forscher Quent in der Studie "Bürgerwehren: Hilfssheriffs oder inszenierte Provokation?". Er warnt davor, das Thema Sicherheit "den politischen Akteuren von Rechtsaußen zu überlassen".

DIE REDAKTION EMPFIEHLT

Regierung sieht Terrorpotenzial bei rechten Bürgerwehren

Die Bundesregierung erkennt einem Medienbericht zufolge bei selbst ernannten Bürgerwehren "Ansätze für rechtsterroristische Potenziale". Der Übergang zu eigenmächtigem, teilweise sogar gewalttätigem Handeln sei fließend. (04.11.2019)

Silvester: Was ging vor am Kölner Dom?

Die Kölner Polizei hat auf einem Kongress zur Diskussion über die Gewalt während der beiden vergangenen Silvesternächte rund um den Dom geladen. Klar ist: Die Hintergründe sind komplex - und die Herausforderungen enorm. (21.09.2017)

Freital-Prozess: Lange Haftstrafen für Terror und versuchten Mord

Die rechtsgerichtete "Gruppe Freital" terrorisierte Asylsuchende und deren Helfer. Jetzt wurden mehrere Mitglieder wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. (07.03.2018)

"Bürgerwehr"-Mitglieder in Chemnitz in Haft

Nach einer rechten Demo sollen 15 Männer einer selbsternannten "Bürgerwehr" Ausländer umstellt und beschimpft haben, ein Iraner wurde verletzt. In sechs Fällen hat die Staatsanwaltschaft Haftbefehle erlassen. (15.09.2018)

Prozessaufakt gegen "Revolution Chemnitz"

Acht mutmaßliche Rechtsterroristen sollen im Herbst 2018 Angriffe auf Ausländer, Andersdenkende und Repräsentanten des Staates geplant haben. Auch wegen rechter Umsturzpläne wird ihnen in Dresden der Prozess gemacht. (30.09.2019)

Mit der Bürgerwehr gegen Migranten

An der US-Grenze zu Mexiko versucht eine Bürgerwehr, illegale Migranten aufzuspüren und festzuhalten. Der Bürgermeister fühlt sich machtlos, Menschenrechtler sind entsetzt. Aus Sunland Park berichtet Oliver Sallet. (08.06.2019)

WWW-LINKS

[YouGov](#)

[Bürgerwehren: Hilfssheriffs oder inszenierte Provokation?](#)

Datum 05.11.2019

Autorin/Autor Astrid Prange De Oliveira

Themenseiten [Sachsen](#), [Rechtsextremismus](#), [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#)

Schlagwörter [Rechtsextremismus](#), [Döbeln](#), [Bürgerwehr](#), [Schutzzone](#), [Gruppe Freital](#), ["Revolution Chemnitz"](#), [AFD](#), [Herbert Reul](#), [Sachsen](#), [NRW](#)

Feedback: [Schicken Sie uns Ihr Feedback!](#)

Drucken [Seite drucken](#)

Permalink <https://p.dw.com/p/3SUC6>

MEHR AUS DER RUBRIK



Auch Primaten trauern

02.01.2020

Der Brand im Affenhaus des Krefelder Zoos dürfte bei den überlebenden Tieren Trauer auslösen, sagt die Primatologin Antje Engelhardt. Generell dürften die Ereignisse der Silvesternacht für sie schwer zu verarbeiten sein.



Merkel und wie sie die Welt sieht

30.12.2019

Das Ende von Angela Merkels Kanzlerschaft rückt näher. Was hat sie bisher bewirkt? Was will sie als Regierungschefin noch erreichen? Und was ist ihr Vermächtnis? Eine Bilanz.

2020: Merkel mahnt die Deutschen

30.12.2019

Zum Beginn des neuen Jahrzehnts hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die Bürger zu Mut, Zuversicht und neuem Denken aufgerufen. Klimawandel, Digitalisierung und Migration seien große Herausforderungen.
